

16.06.13 | **Fehlende Anerkennung**

Die Bundeswehr, Deutschlands ungeliebte Armee

An den Schulen unerwünscht, an den Unis verspottet. Nur bei Hochwasser können unsere Soldaten noch mit Sympathie rechnen. Image und Zustand der Bundeswehr sind auf einem Tiefpunkt. Was ist da los? *Von Ulrich Exner, Miriam Hollstein und Simone Meyer*

Jetzt werden sie wieder gebraucht. Als Sandsackträger, Menschenretter, Hab-und-Gut-Verteidiger, Anpacker, Notreserve. 100 Liter Regen in 48 Stunden, alle Deiche wackeln. [Land unter zwischen Passau und Lauenburg](http://www.welt.de/117146491). (Link: <http://www.welt.de/117146491>) Katastrophenalarm, Drecksarbeit. Hoffen, Bangen und noch 'ne Schippe drauf.

Also: Her mit der Truppe, Kriseneinsatz Passau, Regensburg, Dresden, Pirna, Bitterfeld, Magdeburg, Hitzacker, wieder Lauenburg, sogar die Kanzlerin ist äußerst dankbar. Soldaten waren in der vergangenen Woche so ziemlich überall hochwillkommen. Aufräumarbeiten in Deggendorf, Dammbbruch in Hohenwarthe, Deicherhöhung in Mühlberg – [die Armee ist immer dort zur Stelle](http://www.welt.de/117152580). (Link: <http://www.welt.de/117152580>) wo die anderen nicht mehr fertigwerden mit ihrem Schicksal.

Wenn aber alles vorbei ist, wenn die braune Brühe abgelaufen und der letzte angespülte Baumstamm von der Weide gezogen ist mit schwerem Gerät; wenn sie also wieder abtreten können samt ihren verschwitzten Uniformen, dann tun viele so, als gebe es die Bundeswehr gar nicht mehr. Ein "freundliches Desinteresse" hat der frühere Bundespräsident Horst Köhler seinen Landsleuten im Umgang mit ihrer Armee unterstellt und mehr "Aufmerksamkeit, Solidarität und Dankbarkeit für unsere Soldatinnen und Soldaten" gefordert. Das war 2008.

Anerkennung? Keine Spur

Fünf Jahre später hat sich an dieser Zustandsbeschreibung wenig geändert. Jedenfalls sehen das viele Soldaten so, Offiziere, die man anspricht und fragt, wie sie sich fühlen in ihrer neuen Bundeswehrrepublik Deutschland. In einem Land, in dem es keine Wehrpflicht mehr gibt und immer weniger Kasernen. In dem die Wege weit werden zum nächsten Kriseneinsatz. Ein Land, in dem man keine übermüdeten Häuflein junger "Rotärsche" mehr trifft am Sonntagabend im letzten Zug nach irgendwo.

Man werde insgesamt gesehen zwar schon ein wenig freundlicher behandelt als noch zu Zeiten der alten Bundesrepublik, sagt ein Offizier der "Welt am Sonntag". Damals, vor 1990, sei er allein auf weiter Flur gewesen in seiner Klasse mit der Entscheidung für die Bundeswehr, gegen den Zivildienst. Auf derart geballte Ablehnung treffe man heutzutage nicht mehr. Aber wirkliches Interesse an der Arbeit der Armee? Respekt, Anerkennung, vielleicht sogar echte Verbundenheit mit der Armee, wie er sie bei seinen Aufenthalten in England oder den USA erlebt habe? Keine Spur. "Was man dort erlebt, können Sie mit unseren Verhältnissen überhaupt nicht vergleichen."

Unsere Verhältnisse. Aus der Wehrpflichtarmee, mit der fast jeder direkt oder indirekt, über Freunde, Vereine, die Kaserne nebenan, sei es auch nur durch die Verweigerung oder den schriftlichen Kontakt mit einem bürokratischen Ungetüm namens Kreiswehrrersatzamt irgendwie verbunden war, ist eine Freiwilligenarmee geworden, die sich mehr und mehr aus der Fläche zurückzieht; die in vielen Gegenden nicht mehr präsent ist, schon gar nicht in den großen Städten. In Hamburg, Berlin, Köln begegnet einem heutzutage kaum noch ein Mensch in Uniform, es sei denn, es ist November und ein paar Versprengte mit Barett sammeln auf dem Markt mal wieder für die Kriegsgräberfürsorge. Die Bundeswehr wollte und sollte eine Armee "in der Mitte der Gesellschaft" sein. Stattdessen findet man sie immer

häufiger an deren äußerstem Rand. Eine ziemlich versteckte Truppe.

Manche wünschen Bundeswehr zum Teufel

Munster, Heide, Niedersachsen, Niemandsland. Hier ist die olivgrüne Welt noch in Ordnung. Bernd Schütt, 52 Jahre alter General der Panzertruppen und Kommandeur des hiesigen Ausbildungszentrums, sitzt beim traditionellen Schützenessen der Gemeinde selbstverständlich an der großen Ehrentafel, direkt neben dem ersten Gildeherrn. Schütt, zugleich der Standortälteste, wird heute auch die Festrede halten. Grün-weiße Wimpel über langer, rustikal gedeckter Tafel, die "Heidejäger" blasen gleich den "Suppenmarsch". Munster ist so etwas wie eine Insel der Glückseligen, eine fast perfekte Symbiose zwischen Armee und Gesellschaft. Viertgrößter Bundeswehrstandort in Deutschland, das "Schaufenster des deutschen Heeres", Garnisonsstadt seit 1983. Rund 16.000 Menschen leben hier, mehr als 6000 Soldaten arbeiten in einer der fünf Kasernen. In jedem dritten Haus, mindestens, wohnt einer, der irgendwie mit Militär zu tun hat. Der Bürgermeister hat 32 Jahre als Ingenieur bei der Truppe gearbeitet. Die Vereine leben davon, dass Soldaten nach dem aktiven Dienst in ihren Vorständen mitwirken.

Also nützt Schütt seine kleine Schützenfestrede, um Danke zu sagen, für die Zusammenarbeit, für die "Gesten des Interesses". "Diese Solidarität gibt uns den nötigen Rückhalt und die Kraft, auch schwierige und zum Teil schwierige und gefährliche Zeiten und Situationen zu überstehen." Viel mehr erwarten Deutschlands Soldaten gar nicht von ihrem Land, von ihrer Gesellschaft. Aber das erwarten sie tatsächlich.

Jenseits von Munster ist man von solch Geborgenheit weit entfernt. Zwar genoss die Bundeswehr laut der jüngsten Studie ihres sozialwissenschaftlichen Instituts im Jahr 2012 bei 34 Prozent der Befragten ein "hohes" und bei 53 Prozent ein "durchschnittliches" Ansehen. Wenn man die gleichen Personen anschließend danach fragte, wie sie das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft insgesamt einschätzten, dann billigten nur noch 14 Prozent der Armee ein "hohes" Ansehen zu. "Durchschnittlich" kam bei diesem Frageansatz auf einen Wert von 66 Prozent, ein "geringes" Ansehen konstatierten 18 Prozent der Befragten. Manch einer wünscht die Truppe dann auch gleich ganz zum Teufel – auch das hat ja eine gewisse Tradition hierzulande.

Schulen gegen Bundeswehr

Das Robert-Blum-Gymnasium im Westberliner Stadtteil Schöneberg engagiert sich gegen vieles: gegen Rassismus, gegen Cybermobbing – und gegen die Bundeswehr. Vor zwei Jahren beschloss die Schulkonferenz, Vertretern der Bundeswehr den Zutritt zu verweigern.

Stolz wird [auf der Homepage des Gymnasiums vermerkt](http://www.robert-blum-schule.de/). (Link: <http://www.robert-blum-schule.de/>) es sei damit "eine der ersten Schulen Berlins, die sich klar gegen die Präsenz der Bundesarmee in der Schule ausspricht und deren Werbeangebote deutlich ablehnt". Darunter steht ein Link zum Jugendverband des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

Wie es zu dem Schritt kam, will Schulleiter Bernd Fiehn heute nicht mehr erklären. Auf eine Interviewanfrage reagiert er nicht. Zum Vergleich: In den USA werden öffentlichen Schulen, die den Besuch der US Army ablehnen, schon mal die staatlichen Mittel gekürzt. Die Berliner Schüler, Lehrer, Eltern können dagegen mit einem ordentlichen Maß an Anerkennung rechnen für ihren Schritt. Zusammen mit [zwei weiteren Schulen wurde ihnen der diesjährige Aachener Friedenspreis zugesprochen](http://www.welt.de/117101123). (Link: <http://www.welt.de/117101123>)

Truppen-Verbot im Klassenzimmer

Der für die Verleihung zuständige Verein begründet die Auszeichnung mit seinem Wunsch, "ein Signal gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft" zu setzen. Dem Verein gehören unter anderem die Stadt Aachen, Misereor, der Evangelische Kirchenkreis sowie Vertreter von SPD und Grünen an, Parteien also, die die Bundeswehrsoldaten regelmäßig in Kriegseinsätze schicken.

Immerhin, ein für die Bundeswehr ermutigendes Detail gibt es doch am Rande der für den September geplanten Preisverleihung. Eine der drei ausgezeichneten Schulen hat die

Annahme des Preises abgelehnt. "Wir wollen den Preis ganz einfach nicht und lassen uns nicht für politische Statements missbrauchen", teilte Alexandra Haußmann, die Leiterin der Düsseldorfer Hulda-Pankok-Gesamtschule, dem Friedenspreisverein Anfang dieser Woche schriftlich mit. Der 2010 gefasste Beschluss der Schulkonferenz gegen die Präsenz von Bundeswehrvertretern sei "rechtswidrig und gegenstandslos".

In Offenbach, an der Käthe-Kollwitz-Schule, steht man zum Truppenverbot im Klassenzimmer. Dort heißt es zur Begründung: "Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann."

Anti-Werbung zum Download

Ein bemerkenswertes Statement einer öffentlichen, aus Steuermitteln finanzierten Institution, die es sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hat, eine andere öffentliche, ebenfalls aus Steuermitteln finanzierte Institution daran zu hindern, ihrer – von einem demokratisch gewählten Parlament – gestellten Aufgabe nachzukommen. Man muss das wohl nicht auf Anhieb begreifen.

Geht es nach den Gegnern der Bundeswehr, werden solche Beispiele Schule machen. Das bundesweit aufgestellte Bündnis "Schule ohne Militär" (Link: <http://schule-ohne-militaer.de/>) gibt auf seiner Website (Link: <http://schule-ohne-militaer.de/>) Handlungsanweisungen. "Ihr sollt an einer Infoveranstaltung der Bundeswehr teilnehmen? Werdet vielleicht sogar dazu gezwungen durch Androhung von Verweisen oder Anwesenheitspflicht?", wird dort gefragt. "Dann seid ihr hier richtig." Widerstandswillige Schüler können sich eine Power-Point-Präsentation sowie ein Antragsformular gegen die Bundeswehrpräsenz an ihrer Schule herunterladen.

Wie wirksam diese Art von Anti-Werbung für die Bundeswehr sein kann, zeigt ein Vorfall am Berliner John-Lennon-Gymnasium. Dort sollte ein Jugendoffizier auf Einladung eines Lehrers vor einem Politikleistungskurs über das Thema "Terrorismus" referieren. Vereinbart war, dass er keine explizite Werbung für die Bundeswehr machen würde.

Widerstand gibt es auch in den Universitäten

Prompt gründeten Schüler ein "Streikkomitee". Als der Jugendoffizier morgens die Schule betreten wollte, musste er einen regelrechten Spießrutenlauf durch ein Spalier von Schülern absolvieren, die auf Plakaten und Flugblättern eine "bundeswehreffreie Zone" forderten. Die Begründung des Lehrers, er sei selbst Wehrdienstverweigerer, habe den Offizier aber als Vertreter eines Verfassungsorgans eingeladen, ließen die Schüler nicht gelten.

"Das war nur eine kleine Gruppe trotzistisch gesinnter Schüler", erklärt tapfer Jochen Pfeifer, Leiter des John-Lennon-Gymnasiums, den Zwischenfall. Er selbst lade seit Jahren Jugendoffiziere an seine Schule ein und werde dies auch weiterhin tun. Dass andere Schulen jegliche Bundeswehrpräsenz verbieten, findet Pfeifer "völlig grotesk": "Die Bundeswehr ist kein Privatunternehmen, sondern eine staatliche Organisation unter parlamentarischer Kontrolle."

Von so viel Einsicht war man Anfang April an der Berliner Humboldt-Universität weit entfernt. Dort scheiterte der Versuch Thomas de Maizières kläglich, einen Gastvortrag (Link: <http://www.welt.de/115189199>) zum Thema "Armee der Einheit – der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt" zu halten. Der Verteidigungsminister, noch frei von den Belastungen des Drohnendesasters, wurde von den Studenten niedergeklatscht und mit Sprüchen der plumperen Sorte ("Nie wieder Krieg. Nie wieder Deutschland") niedergebrüllt. Vergleichbares hatte es zuvor bereits an der Uni Leipzig gegeben, wo de Maizière aber immerhin noch eine 20-minütige Diskussion über die Aufgaben der Truppe durchsetzen konnte.

Mit Champagner gefallene Soldaten gefeiert

Ein anderes Beispiel für die Abneigung der institutionalisierten Bildungsrepublik Deutschland gegen ihre eigenen Militärdienstleister liefert die Zivilklauselbewegung in der deutschen Hochschulszene. Ihre Protagonisten wollen möglichst viele Universitäten davon überzeugen,

auf Lehre und Forschung für militärische Zwecke zu verzichten. In Niedersachsen galt eine entsprechende Verpflichtung schon einmal flächendeckend. Damals hieß der amtierende Ministerpräsident Gerhard Schröder.

Heutzutage gelten Zivilklauseln unter anderem in Tübingen, Köln, Göttingen und Frankfurt am Main. In der dortigen Goethe-Universität hat im März nach dem Hochschulrat und dem Senat auch das Präsidium der Universität die Zivilklausel verabschiedet. Max Rudel, beim AStA der Universität zuständiger Referent, freut sich: "Militärforschung hat an den öffentlichen Hochschulen keinen Platz." Und die Vizepräsidentin der Universität, Professorin Tanja Brühl, ergänzt: "Ich freue mich, dass das universitäre Bekenntnis zur Friedfertigkeit in der Goethe-Universität einen so großen Widerhall findet."

Es geht auch noch drastischer: So rief der Berliner Landesverband der linken Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) im Jahr 2010 unter dem Motto "Feste feiern, wie sie fallen" dazu auf, am Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin mit Champagner zu feiern, wenn ein Bundeswehrsoldat in Afghanistan ums Leben komme. Nach massiver Kritik und staatsanwaltlichen Ermittlungen distanzierte sich die Bundesführung der DFG von der Aktion.

Hetze gegen Soldaten ist salonfähig

Derart unappetitliche Hetze gegen Bundeswehrsoldaten ist spätestens seit 1994 salonfähig. Damals entschied das Bundesverfassungsgericht, dass der Autoaufkleber eines Kriegsgegners mit dem Slogan "Soldaten sind Mörder" nicht das Recht der persönlichen Ehre verletze, da "Mörder" hier nicht im Sinne der strafrechtlichen Definition von Mörder gemeint sei. Das Gericht widersprach damit vorherigen Instanzen, nach deren Urteil der Aufkleber Soldaten der Bundeswehr zu "Schwerstkriminellen und minderwertigen Gliedern der Gesellschaft" degradiert.

Unter den politischen Parteien versucht vor allem die Linke, sich als "Anti-Bundeswehr-Partei" zu profilieren. In ihrem Programm fordert sie ein Ende aller Militäreinsätze der Bundeswehr, Teile der Partei wollen die Armee komplett abschaffen. Fraktionschef Gregor Gysi bezeichnete den Afghanistan-Einsatz öffentlich als "Terrorismus".

Im nächsten Jahr sind es wieder mehrere Hundert Soldaten aus Munster, die nach Afghanistan geflogen werden. ([Link: http://www.welt.de/116880613](http://www.welt.de/116880613)) Familienväter, Muttersöhne, Geliebte, Fröhliche, nicht ganz so Fröhliche. "Terroristen" werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht dabei sein.

Wie ein "Schatten über der Stadt"

Stattdessen Männer, und ein paar Frauen, die Weihnachten, Ostern und am Geburtstag der Kinder ganz schön fehlen werden in Munster. Auch beim Sommerfest des Sportvereins und als Sandsackschlepper bei der nächsten Flut. Die Panzerlehrbrigade 9 muss wieder los zum Isaf-Einsatz. Als Leitbrigade, wie schon im Jahr 2011, vier Soldaten wurden damals verletzt, Tote gab es Gott sei Dank keine.

Dennoch weiß man in Munster schon heute, wie genau eine Trauerfeier organisiert werden müsste, falls einer gar nicht mehr zurückkehren sollte. "So etwas legt sich wie ein Schatten über die Stadt", sagt Lars Klingbeil, der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete. Schon deswegen wüssten die Leute hier ziemlich genau, was den Beruf des Soldaten ausmache. "Man hat eben ein Gesicht vor Augen."

Entfremdung zwischen Politik und Militär bemerkbar

Berlin, Mitte, pulsierendes Zentrum der Republik. Wenn einem hier eine grüne Uniform begegnet, dann ist es mit ziemlicher Sicherheit eine von der NVA. Oder von der Roten Armee. Foto gefällig? Ein bisschen Mauergrusel dazu? Deutsche Geschichte, menschenverachtende Geschichte als absurdes Kasperletheater.

Im sehr viel unwahrscheinlicheren Fall aber steht man Oberstleutnant André Wüstner gegenüber. Er ist dann womöglich gerade in Tegel gelandet und ins Verteidigungsministerium oder in die Geschäftsstelle des Deutschen Bundeswehrverbands in Prenzlauer Berg

gefahren. Der 39-Jährige ist einer von wenigen Bundeswehrangehörigen, die in Berlin auch auf dem Weg zum Arbeitsplatz ihre Uniform tragen. Weil es einfach praktischer sei, aber auch "weil ich zu meinem Beruf stehe, der sicher kein Beruf wie jeder andere ist".

Den Preis dafür – Beleidigungen, in Berlin werden Uniformierte schon mal mit "Sieg Heil" begrüßt, dumme Sprüche auf offener Straße, erst recht im Internet, dazu das intellektuell verbrämte Infragestellen seiner persönlichen moralischen Integrität –, das nehmen Offiziere wie Wüstner ziemlich gelassen in Kauf. Weitaus schwieriger wird es für sie, wenn zu dieser in Nachkriegsdeutschland traditionellen Distanz zwischen ziviler Welt und militärischer Welt auch noch eine spürbare Entfremdung zwischen politischer Führung und militärischem Personal kommt.

"Hören wir auf, nach Anerkennung zu gieren"

Mitte Januar 2013, München, Universität der Bundeswehr, Neujahrsempfang der Militärseelsorge: Verteidigungsminister Thomas de Maizière spricht über den Unterschied zwischen der Binnen- und der Außenwahrnehmung der Bundeswehr. In der Bevölkerung, sagt der Minister, genieße die Armee "ein unglaublich hohes Ansehen". Sämtliche Umfragen belegten, dass die Bundeswehr und der Soldatenberuf "sehr angesehen" seien.

Nur in der Truppe selbst, sagt Thomas de Maizière dann, da sähen das viele ganz anders. Da höre er viel zu oft Klagen über mangelnde Anerkennung und den Wunsch nach mehr Wertschätzung. Und dann sagt der Verteidigungsminister jene beiden Sätze, deren Ton er inzwischen zwar öffentlich bedauert, deren Kern er aber bis heute nicht zurücknehmen mag. "Wir sind süchtig nach Anerkennung." "Hören wir auf, nach Anerkennung zu gieren." Gier, Sucht, Jammerei – so despektierlich, so pauschal negativ hat sich selten ein Verteidigungsminister öffentlich über seine Armee geäußert. Nicht nur Oberstleutnant Wüstners Bundeswehrverband empfand de Maizières Rede als "Demütigung". Als heimtückischen Angriff aus den eigenen Reihen. De Maizières Münchner Rede hat viele Soldaten vermutlich schwerer verletzt als alle tägliche Ignoranz, als alle üblichen Respektlosigkeiten, als jede linke Anti-Bundeswehr-Propaganda. Wenn man sich in diesen Tagen, in denen de Maizière so schwer unter Druck steht, fragt, warum die Unterstützung für ihn aus der Truppe eher zurückhaltend ausfällt, warum man gelegentlich den Eindruck hat, hier lasse ein Apparat seinen Minister im Stich, liefere ihn mit dem Durchstechen von Schriftstücken womöglich ans Messer – in de Maizières Münchner Rede findet man womöglich einen Teil der Antwort.

"Viele Soldaten", sagt Oberstleutnant Wüstner rückblickend, "können die Aussagen des Ministers bis heute nicht nachvollziehen." Die Klagen der Truppe, ihr Wunsch nach mehr Anerkennung, sei eben kein Ausdruck von Gier, sondern die Folge alltäglicher Erfahrungen, gepaart mit der wachsenden Sorge vieler junger Leute, auch außerhalb der Armee ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft zu verlieren.

In Deutschland fehlt ein Grundrespekt

Vielleicht kommt ein weiterer Aspekt hinzu, der den Eindruck der Soldaten verstärkt, jenseits von Hochwasser und anderen Noteinsätzen noch immer nur zähneknirschend geduldet zu sein in einem Land, das auf den Trümmern einer verheerenden militärischen Katastrophe gegründet wurde. Auslandseinsätze laden die Truppe ja geradezu ein zu einem Vergleich mit den Kollegen, mit den Soldaten anderer Nationen, deren Verhältnis zum Militär ungebrochener ist.

Tom M. (*richtiger Name ist der Redaktion bekannt*) hat schon ein paar solcher Auslandseinsätze auf dem Buckel. Afghanistan, Balkan, das übliche Programm, eine ganze Reihe brenzlicher Kampfeinsätze inklusive. Doch dafür, sagt der Offizier, interessiere sich "hier in Deutschland im Grunde niemand". Gesellschaftliche Anerkennung für solche Einsätze, wenigstens ein ehrliches Zuhören gebe es kaum – obwohl inzwischen mehrere Zehntausend junge Männer in Deutschland diese Erfahrungen teilen.

"Für deutsche Soldaten interessieren sich die Medien doch bloß, wenn sie Fehler gemacht haben", findet Offizier M. und ist durchaus neidisch auf den "Grundrespekt", der Soldaten in anderen westlichen Ländern begleitet. (Link: <http://www.welt.de/13871552>) auch wenn man dort längst nicht mehr jeden Auslandseinsatz bejubelt.

"Die meisten Amerikaner sehen den Vietnamkrieg heute sehr kritisch", sagt M., der sich intensiv mit der US-Militärhistorie beschäftigt hat. Dennoch würde fast jeder US-Bürger einem Vietnamveteranen in der Kneipe ein Bier ausgeben – weil man Militäreinsätze als Dienst an der Gesellschaft versteht und die Opferbereitschaft der Truppe hoch anerkennt.

Der Schrumpfungsprozess geht weiter

Mehr als 100 Bundeswehrangehörige sind ums Leben gekommen, seit die deutsche Armee wieder im Ausland eingesetzt wird, darunter sind auch Unfalltote und Soldaten, die sich das Leben genommen haben. Sie alle, so sehen es außer der Linken alle im Bundestag vertretenen Parteien, haben sich geopfert für die Freiheit der Deutschen. Wenn das ernst gemeint ist, wenn das keine hohlen Sonntagsreden sind, dann kann sich dieses Land eine ungeliebte Armee nicht leisten, dann verlieren sich zwei, die sich eigentlich dringend brauchen: freie Gesellschaft und wehrhaftes Militär.

Eine Truppe, der sich Schulen und Universitäten dauerhaft verweigern, die von denen, deren Freiheit sie verteidigen soll, lieber übersehen als wertgeschätzt wird, kann ihre Aufgaben auf Dauer nicht erfolgreich erledigen. Sie verliert ihre Attraktivität, ihre Zugkraft, ihre guten Leute, ihre Leistungskraft. Ignoranz und Ablehnung sind ja bei Weitem nicht die einzigen Schwierigkeiten, mit denen die Bundeswehr zu kämpfen hat.

Von den 250.000 Soldaten, die es zu Wehrpflichtzeiten gab, werden in ein paar Jahren höchstens noch 170.000 übrig sein. Ob der Schrumpfungsprozess damit abgeschlossen ist, steht in den Sternen. 150.000, diese Zahl geistert auch schon durch das Offizierskorps. Seit Mitte der 80er, so formuliert es ein erfahrener Marineführer, sei die Bundeswehr quasi permanent Gegenstand von Reformen gewesen.

Wenig Interesse am Amt des Verteidigungsministers

Spätestens seit der deutschen Einheit, seit der Verschmelzung zweier zuvor eigenständiger Armeen, ist dann kein Stein mehr auf dem anderen geblieben. Halbierung der Zahl der Streitkräfte, Reduzierung der Wehrpflichtdauer, Öffnung der Armee auch für Frauen, Umbau von einer reinen Verteidigungswehr zu einer Armee im Auslandseinsatz, noch eine Reduzierung der Wehrpflichtzeiten, jeder fünfte Bundeswehrstandort wird dichtgemacht; Abschaffung der Wehrpflicht, erneute Halbierung der Kopffzahlen, abermalige Reduzierung der Zahl der Standorte. 400 sind es noch bundesweit, im Zuge der jüngsten Bundeswehrreform werden 31 davon geschlossen und weitere 33 stark verkleinert. Neun Verteidigungsminister hat die Truppe in dieser Zeit gesehen, die meisten sind weder freiwillig gekommen noch aus freien Stücken abgetreten.

Hardthöhe und Bendlerblock sind auch nicht besonders beliebt, wenn es darum geht, Ministerposten zu verteilen. Er sei ganz optimistisch, auch nach der Bundestagswahl im Herbst sein Amt fortführen zu können, befand schon im Angesicht des Drohnendesasters Thomas de Maizière. Seine ernüchternde Begründung: Es gebe ja nicht so viele Politiker, die sich für dieses Ministerium interessieren.

Das sind also die Voraussetzungen, unter denen die Armee um ihr Ansehen, gegen ihre innenpolitischen Gegner, gegen die Ignoranz und um den eigenen Nachwuchs kämpfen muss.

Verzweifelt Werben um den Nachwuchs

"Je weniger Standorte wir haben", sagt der Bundestagsabgeordnete Klingbeil, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Parlaments, "desto schwieriger wird es mit der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft." Und je weniger die Armee in den Alltag integriert ist, desto schwieriger wird es, die jungen Leute für die Bundeswehr zu gewinnen.

Die Bundeswehr hat sich deshalb zu einer neuen Art der Vorverteidigung an der Heimatfront entschlossen. 94 Jugendoffiziere werben mittlerweile bundesweit um Nachwuchs. [Imagekampagnen werden aufgelegt](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde). (Link: <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde>) die Sinn und Zweck vor allem der Auslandseinsätze erklären; ein Offenbarungseid im Übrigen für die Kommunikationskraft der Verteidigungspolitiker. 17 Karrierecenter helfen Schulabgängern

und Hochschulabsolventen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, dazu gibt es rund 200 regionale Beratungsbüros. Immer mehr Standorte laden zu Tagen der offenen Tür oder gleich zu einer "Woche der Schulen" wie unlängst in Wilhelmshaven, wo mehr als 1000 Jugendliche die dort stationierten Fregatten inspizierten, samt viel zu enger Kojen und Rettungshubschrauber im Einsatz. 13.000 Mitarbeiter muss die Armee jährlich einstellen, um die vorgegebenen Truppenstärken halten zu können. Das ist nicht wenig angesichts der bekannten demografischen Probleme, mit denen nahezu alle Branchen heutzutage zu kämpfen haben.

Also wurde ein Bundeswehrquiz zusammengeschraubt, das wie "Wer wird Millionär" funktioniert und in einem Bundeswehr-Truck über die Marktplätze und Jobmessen der Republik tingelt. Man tritt mit einer eigenen Internet-Community an, mit diversen Facebook-Seiten und kämpft mit sogenannten BW-Adventure-Camps um die Aufmerksamkeit der Jugendlichen. So etwas geht natürlich auch nicht ohne Proteste ab. Beim Hessentag, der an diesem Wochenende in Kassel beginnt, will das örtliche Friedensforum mit Demonstrationen und Flashmobs gegen die dort anwesenden Streitkräfte protestieren. Es sei nicht richtig, dass eine Armee im Kriegseinsatz "auf Volksfesten Rekrutierungsarbeit betreibt", die Bundeswehr werbe in der Kasseler Karlsau "fürs Sterben".

"Bravo" wirbt für Abenteuer-Camp

Als die Heranwachsendenpostille "Bravo" (Link: <http://www.bravo.de/>) im vergangenen Herbst Anzeigen für ein BW-Adventure-Camp (Link: <http://www.bw-adventure-camps.de/>) veröffentlichte und sich auch ein entsprechender Trailer auf ihrer Homepage fand, intervenierte die evangelische Kirche ebenso wie das Kinderhilfswerk Terre des Hommes (Link: <http://www.tdh.de/>). Die Werbung für das Camp verharmlose die tödliche Gefahr, die ein Engagement in der Bundeswehr mit sich bringen könne. Außerdem verstoße die Reklame in der "Bravo" gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Die Adventure-Veranstaltungen sind dennoch ausgebucht, auch die Nachwuchsrekrutierung, um die sich viele Sorgen gemacht haben nach dem Ende der Wehrpflicht, funktioniert bisher reibungslos. Jenseits der in allen Branchen raren spezialisierten Fachleute hat die Armee noch immer mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Der Ruf der Bundeswehr als Arbeitgeber, das immerhin, ist noch immer tadellos. Jedenfalls solange es nicht ernst wird.

"Das tut der Seele gut"

Noch einmal Berlin, das Außenministerium am vergangenen Donnerstag. Gekommen sind gleich drei Minister: Hausherr Guido Westerwelle, sein Kollege aus dem Innenressort, Hans-Peter Friedrich, und Thomas de Maizière. Im Weltsaal des Ministeriums, in dem sonst Staatsbankette stattfinden, sitzen fast 500 Menschen, viele von ihnen in Uniform. "Zum ersten Mal", eröffnet Westerwelle feierlich, wolle man heute gemeinsam "unsere Hüter des Friedens" ehren. "Peacekeeper", so nennen die Vereinten Nationen ihren Ehrentag für Helfer in weltweiten Missionen. Sie feiern ihn seit 2002, am 29. Mai. In Deutschland dürfte das Datum den wenigsten etwas sagen.

Die Bundesregierung ist ja auch ein wenig spät dran mit ihrer kleinen Premiere. Seit Anfang der 90er schickt Deutschland regelmäßig Soldaten zu kriegerischen Einsätzen ins Ausland, ein paar Hunderttausend Soldaten haben dabei ihr Leben riskiert, ihre Liebe aufs Spiel gesetzt, die Familien, Frauen, Söhne, Töchter monatelang zurückgelassen. Es wurde also wirklich Zeit: "Sie sind ein Aushängeschild für unser Land", sagt der Außenminister. "Wir haben großen Grund für Stolz und Dankbarkeit", sagt der Verteidigungsminister. Auch André Wüstner sitzt an diesem Tag im Publikum. "Das tut der Seele gut", sagt der Oberstleutnant und wünscht sich, dass der "Geist dieser Veranstaltung" über die Grenzen Musters und der Ministerien hinaus wirken möge. Solidarität, Gesten des Interesses, Rückhalt der Gesellschaft. Viel mehr erwartet die Truppe nicht. Aber das erwartet sie.

Mitarbeit: Thorsten Jungholt, C.C. Malzahn

